DOKUMENTATIONEN & BERICHTE

Konferenzbericht Andreas Jacobs 14.02.2007

Muslime als Staatsbürger - Bürgerschaftliches Engagement aus internationaler Perspektive, 8.-10. Februar 2007, Berlin

Eine aktive Bürgergesellschaft ist die Grundlage jeder demokratischen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund eines wachsenden Anteils von Muslimen an den Bevölkerungen in Deutschland, Europa und den USA wird das bürgerschaftliche Engagement von Menschen muslimischen Glaubens immer wichtiger. Was sind die wichtigsten Bedingungen für ein solches Engagement? Welche Erfahrungen liegen hierzu in der transatlantischen Staaten-gemeinschaft vor? Welche Perspektiven eröffnen sich für die Partizipation von Muslimen in westlichen Gesellschaften? Die gemeinsame Konferenz der Bundeszentrale für politische Bildung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung bot Wissenschaftlern, Politikern und jungen Muslimen aus Deutschland, Europa und den USA ein Forum zum Austausch und zur Diskussion.

Inhalt Seite

1. Einleitung 1
2. Podiumsdiskussion 2
3. Fachtagung 4
4. Open Space 5
5. Zusammenfassung 8
6. Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung 8

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

Tel. 030 26996 3519
Fax 030 26996 3551

eMail zentrale-pub@kas.de
Internet www.kas.de

1. Einleitung

Bundesinnenminister Schäuble machte in seiner Regierungserklärung im September 2006 deutlich: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Europas. Der Islam ist Teil unserer Gegenwart und unserer Zukunft“. Die Einberufung der deutschen Islamkonferenz war daher eine Aufforderung an die Muslime in Deutschland, diese Zukunft mitzugestalten. Ob der Islam nach Deutschland gehört oder nicht, steht nicht länger zur Debatte. Die Zukunftsfragen sind vielmehr, wie Muslime ihre Rolle in Staat und Gesellschaft sehen, welchen Beitrag sie zur Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens leisten können und welche Voraussetzungen hierfür geschaffen werden müssen. Allzu lange hat die Mehrheitsgesellschaft keine Erwartungen an das bürgerschaftliche Engagement von Muslimen gestellt. Wie andere Immigranten wurden sie als mehr oder weniger willkommene „Gäste“ und nicht als „Neubürger“ behandelt. Den Islam als Teil der Gesellschaft zu akzeptieren, setzt aber auf allen Seiten neues Denken voraus. Vielen Muslimen fällt es bis heute schwer, sich auf die deutsche Gesellschaft, ihre Normen und ihre Sprache einzulassen. Eine tiefgehende Bindung an Staat und Gesellschaft sowie das Bedürfnis zum „Mitmachen“ konnte so nur schwer entstehen. Partizipation von Muslimen in der Bürgergesellschaft spricht viele Institutionen an: Parteien, Vereine, Verbände, Initiativen und Projekte. Der Ruf nach Engagement, Einbindung und Vernetzung ist aber nicht zuletzt eine Herausforderung für die politische Bildung. Die Bundeszentrale für politische Bildung, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung haben sich deshalb dazu entschlossen, zusammen mit der Deutschen Welle und der Botschaft der Vereinigten Staaten in Berlin, Multiplikatoren und Ehrenamtlichen mit muslimischem Hintergrund ein Forum zur Diskussion dieser Fragen zu bieten.

Die Konferenz bestand aus drei Teilen. In einer öffentlichen Auftaktveranstaltung am 8. Februar wurde – umrahmt von einer Foto-Ausstellung über Moscheen in den USA – Interesse für das Gesamtthema geweckt und Öffentlichkeit hergestellt. Die Fachkonferenz am 9. Februar brachte über hundert Wissenschaftler, Theologen und junge Ehrenamtliche aus Europa und den USA zusammen, um die rechtlichen und theologischen Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements zu diskutieren und von ihrer konkreten Projektarbeit zu berichten. Den Abschluss der Veranstaltung bildete am 10. Februar eine Open-Space-Konferenz, die muslimischen und nicht-muslimischen Ehrenamtlichen die Gelegenheit bot, mit Praktikern und Aktiven zu diskutieren und eigene Ideen zu entwickeln.

2. Podiumsdiskussion

Auch wenn die *tageszeitung* am nächsten Tag titelte: „Spätere Ehe nicht ausgeschlossen“ ging es bei der öffentlichen Auftaktveranstaltung am 8. Februar nicht um die Anbahnung neuer Koalitionen. Auf der Agenda standen vielmehr der Erfahrungsaustausch und der Blick über

den eigenen integrationspolitischen Tellerrand. US-Botschafter **William A. Timken Jr.** machte in seiner Eröffnungsansprache deutlich, dass gerade die amerikanische Erfahrung in der deutschen Debatte helfen kann. Die USA, so Timken, seien traditionell ein religionsoffenes Land in dem traditionelle Werte und gesellschaftliches Engagement aus religiöser Verantwortung hoch im Kurs stünden. Die Foto-Ausstellung über Moscheen in den USA, die der Botschafter anlässlich der Konferenz in der Konrad-Adenauer-Stiftung einweihte, vermittele ein Stück Normalität, von der Deutschland und Europa noch etwas weiter weg seien.

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, umriss in seiner Anmoderation des anschließenden Panels das Thema der Gesamtveranstaltung: Wie können Staat und Gesellschaft dazu beitragen, dass Muslime ganz selbstverständlich sagen: „Ich bin ein Deutscher – und zwar nicht nur im rechtlichen Sinne sondern auch im Sinne politischer Teilhabe“? Aus Sicht von **Marieluise Beck**, der ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, habe sich hier in den vergangenen Jahren viel getan. Die Idee eines republikanischen Staatsbürgerrechts habe sich auch in Deutschland durchgesetzt, Einwanderung sei eine akzeptierte Tatsache geworden. Integration aber sei ein schwieriger Prozess, der nur glücken könne, wenn mit den Muslimen und nicht über sie geredet werde. Integration bedeute aber auch sich mit gesellschaftlichem Wandel auseinanderzusetzen und dabei traditionelle Strukturen zu hinterfragen. Insbesondere eine Reform des Staatskirchenrechts sei notwendig, wenn dem Islam auch formell eine gleichberechtigte Rolle in Staat und Gesellschaft eingeräumt werden solle. Letztendlich müsse der Maßstab für den Umgang mit den Muslimen hierzulande aber der deutsche Rechtsstaat sein.

Dr. Friedbert Pflüger, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, übte diesbezüglich wenig Widerspruch. Das Zusammenleben zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen müsse eine alltägliche Selbstverständlichkeit werden. Hierzu seien alle Bürger aufgefordert, eine Willkommenskultur zu erarbeiten. Dies bedeute aber nicht, dass jeder Lebensentwurf beliebig nebeneinander gelegt werden könne. Auch die Muslime seien in der Pflicht: Spracherwerb, mehr Beiträge zur rechtsstaatlichen Kultur, mehr Identifikation mit dem Gemeinwesen. Gewisse Anpassungsleistungen seien unabdingbar, hätten jedoch keine Assimilation zum Ziel – nichts anderes habe der missverstandene Begriff der Leitkultur zum Ausdruck bringen wollen. Neue Moscheen, so Pflüger, seien richtig und wichtig, wenn sie in ihrem Umfeld gewachsen seien. Zur Beilegung von Konflikten sollten die Muslime aber lernen, mit einer Stimme zu sprechen und einen Weg finden, sich staatlichen Vorgaben entsprechend zu organisieren.

Dr. habil. Navid Kermani, Schriftsteller und Orientalist, griff das Thema des bürgerschaftlichen Engagements wieder auf. Auch Muslime sollten lernen, sich einzumischen und an öffentlichen Debatten zu beteiligen. Die gefühlte Realität grundsätzlich konflikthafter Beziehungen stimme aber nicht mit der tatsächlichen Realität überein. Muslime lebten nicht nur als Muslime. Viele Muslime engagieren sich ganz selbstverständlich ohne diesem Engagement explizit ein muslimisches Selbstverständnis zugrunde zu legen. Der Maßstab für den gegenseitigen Umgang, stimmte Kermani seinen Vorrednern zu, müsse der Rechtsstaat sein.

3. Fachkonferenz

In seinen einführenden Worten erläuterte **Thomas Krüger**, Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, worum es den Veranstaltern gehe: um die Einbürgerung des Islam und um ein positives Verhältnis zwischen Staat, Muslimen und Gesellschaft. Dies mache ideologische Abrüstung und die Rückkehr zur Sachdebatte notwendig. Das Angebot der Deutschen Islamkonferenz müsse dabei von den politischen Bildungsträgern ergänzt werden. Da dies eine Pluralität von Perspektiven notwendig mache, seien gerade Veranstaltungen wie diese wichtig. Auch **Ralf Fücks**, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, wollte die Konferenz als Aufforderung zum Mitmachen an beide Seiten verstanden wissen. Kooperationen wie diese dienten dabei auch der parteiübergreifenden Verständigung, dem „Brückenbau zwischen Multikulti und Leitkultur“, so Fücks. Dieser Brückenschlag deute sich bereits an. Viele Menschen hätten mittlerweile verstanden, dass Deutschland zum Einwanderungsland und zu einer multireligiösen Gesellschaft werde. Dies mache auch ein Nachdenken über das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften notwendig. Für **Wilhelm Staudacher**, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist dieser Brückenschlag zwischen unterschiedlichen Integrationsentwürfen ebenfalls von zentraler Bedeutung. Parteipolitische Rituale seien hier fehl am Platz, es gehe um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Thema der Veranstaltung habe man deshalb mit Bedacht gewählt. Der Bürger, nicht der Staat müsse auch in dieser Frage an erster Stelle stehen. Eine muslimische Identität sei kein Hindernis für bürgerschaftliches Engagement.

Das anschließende **erste Panel** fragte nach dem Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Religion. In seiner Anmoderation umriss **Dr. Peter Graf**, Professor für Interkulturelle Pädagogik an der Universität Osnabrück, die zentralen Herausforderungen. Niemand in Europa sei auf den Zuwachs muslimischer Minderheiten vorbereitet gewesen. Die neue Situation müsse jetzt gemeinsam gestaltet werden. Abwarten sei gefährlich. Die einzige Möglichkeit bestehe darin, jetzt über die Ausgestaltung des Beziehungsverhältnisses Staat-Religion neu nachzudenken.

Dr. Mathias Rohe, Professor für Zivilrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Erlangen-Nürnberg, wies zunächst darauf hin, dass die Mehrzahl der europäischen Staaten als religionsneutral aber religionsoffen zu bezeichnen sind. Dies biete den jeweils spezifischen Rahmen für die Teilhabe von Muslimen am öffentlichen Leben. Die offenkundigen Organisationsprobleme des Islam in Deutschland machten den Wandel vom Staatskirchen- zum Religionsverfassungsrecht notwendig. Eine aktivere Rolle religöser Gemeinschaften sei durchaus wünschenswert. Es werde oft übersehen, dass auch der säkularisierte Staat von geistlichen Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht schaffen könne. Entscheidend für rechtliche Beurteilungen seien aber nicht abstrakte Glaubensvorstellungen, sondern die Handlungen konkreter Akteure. Eine Überprüfung heiliger Texte auf ihre Verfassungsmäßigkeit sei ebenso unsinnig wie gefährlich. Grundsätzlich seien die rechtlichen Rahmenbedingungen günstig. Die Probleme lägen nicht hier, sondern bei verbreiteten Ängsten und Vorurteilen. Hieran müsse gearbeitet werden, ebenso wie an einer europäisch-muslimischen Bildungskultur.

Dr. Mona Siddiqui, Professorin für Islamwissenschaften an der Universität Glasgow, richtete den Blick anschließend auf zentrale Diskussionspunkte in Großbritannien. Hier setze sich die Erkenntnis durch, dass die Trennung zwischen Mehrheits- und Minderheitsglaube überholt sei. Dafür tue sich eine neue Trennlinie zwischen religiösen und nicht-religiösen Menschen auf. Die verbreitete Debatte über das Scheitern des Multikulturalismus in Großbritannien sei wenig hilfreich, weil sie Einwanderern ein Signal der Zurückweisung gebe. Bürgerschaftliches Engagement aber setze ein Gefühl von Zugehörigkeit voraus. Dieses Engagement müsse von den Muslimen selbst kommen, aber es müsse von der Gesellschaft auch gezielt gefordert und abgefragt werden.

PD Dr. Ansgar Hense vom Institut für Staatskirchenrecht der Universität Bonn unterschied dann zwischen der Frage der grundgesetzlichen Ordnung von Staat und Religion und dem bürgerschaftlichen Engagement bestimmter Glaubensangehöriger. In Deutschland, so Hense, habe sich trotz Trennung von Kirche und Staat die Praxis etabliert, dass Religionsausübung und Religion Bestandteil des pluralen Gemeinwesens sei. Nicht zulässig sei hingegen die staatliche Identifikation mit einer bestimmten Religion. Der Staat des Grundgesetzes sei kein christlicher, sondern ein säkularer Staat. Sein grundgesetzlicher Rahmen böte aber ausreichend Handlungsspielraum auch für das bürgerschaftliche Engagement von Muslimen bzw. die Einrichtung muslimischer Wohlfahrtsverbände.

Die anschließende **Diskussion** konzentrierte sich im wensentlichen auf zwei Aspekte. Zum einen wurde die Frage der Anerkennung von Religionsgemeinschaften aufgegriffen, wobei ein gewisser Dissenz über die diesbezüglichen Mindestvoraussetzungen offensichtlich wurde. Zum anderen wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass Muslime nicht anhand ihres konkreten

Verhaltens sondern anhand abstrakter Lehrbegriffe juristisch beurteilt werden. Dem wurde entgegengehalten, dass religiöse Lehren praktisches Verhalten beeinflussten. Einigkeit bestand nur darin, dass die Trennung von Gesinnung und Verhalten schwierig bleibe.

Das **zweite Panel** brachte die Frage nach eventuellen Loyalitätskonflikten auf. Kann ein Muslim ein loyaler Bürger im säkularen Rechtsstaat sein oder ist sein primärer Bezugspunkt die islamische Umma? Für **Daisy Khan**, Vorsitzende der ASMA Society in New York, ist diese Frage aus US-amerikanischer Sicht schnell beantwortet. Der säkulare Rechtsstaat biete optimale Voraussetzungen zur Entfaltung religiöser Identität. Aber es gebe auch Diskussionsbedarf. Insbesondere im Verhältnis zu anderen Religionen und bei der Definition einer gemeinsamen, überkonfessionellen Ethik sei die Gesellschaft gefordert. **Yahya Sergio Pallavicini**, Imam der Al-Wahid Moschee in Mailand, sieht ebenfalls kein Spannungsverhältnis. Das klassische islamische Verständnis unterscheide zwischen einer spirituellen Loyalität, die Koran und Sunna gelte, und einer juristisch-politischen Loyalität, die sich auf den demokratischen Rechtsstaat beziehe. Die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates wiederum seien problemlos auch koranisch begründbar. Pallavicini räumte jedoch ein, dass dies nicht von allen Muslimen so gesehen werde. Die Muslime in Europa sollten aber akzeptieren, dass Säkularismus und Pluralität die beste Garantie für die Entstehung eines europäischen Islam sei. **Ghaleb Bencheikh**, Vorsitzender der Weltkonferenz der Religionen für den Frieden in Paris, geht noch einen Schritt weiter und weist die Fragestellung des Panels zurück. Aus französischer Perspektive sei dies kaum akzeptabel, da in Frankreich ganz selbstverständlich davon ausgegangen werde, dass Staatsbürgerschaft und Religion zwei verschiedene Aspekte seien. Diese Trennung werde auch von den allermeisten französischen Muslimen respektiert.

In der **Diskussion** wurde zunächst darauf hingewiesen, dass die Fragestellung der Veranstaltung nicht diskriminierend sondern engagierend gemeint sei. Von anderer Seite wurde eingeworfen, dass sich zunehmend die Gefahr eines dekonzeptualisierten Islam abzeichne. Muslime und insbesondere Imame in Europa bräuchten ein Gespür für historische und kulturelle Zusammenhänge. In der Beurteilung von Muslimen sollte allerdings immer zwischen kulturell bedingten Traditionen und Religion unterschieden werden.

Das **dritte** und **vierte** Panel beschäftigte sich jeweils mit konkreten Beispielen bürgerschaftlichen Engagements von Muslimen in Deutschland, Europa und den USA. **Murat Lencper,** ehemaliger Breakdance-Weltmeister aus dem Berliner Stadtteil Wedding berichtete von seiner Arbeit in der Jugendinitiative „Kiezboom“. Diese Initiative holt mit ungewöhnlichen Angeboten und viel Engagement Jugendliche mit Migrationshintergrund von der Straße. Im Mittelpunkt seiner Arbeit, so Lencper, stünden dabei das Erlernen von Disziplin und Selbstachtung. **Tahir Anwar** von der South Bay Islamic Association in San Jose/Kalifornien schilderte anschließend seine Arbeit in kommunalen Gremien und

kokettierte dabei mit seiner Leidenschaft für schnelle Autos und Taliban-Kleidung. Beeindrucken konnte Anwar aber vor allem mit seinem Bekenntnis zur amerikanischen Einwanderungs- und Integrationsgesellschaft. Für **Riem Spielhaus** von der Muslimischen Akademie in Berlin sei Deutschland hiervon noch ein Stück entfernt. Aber gerade deshalb sei politische Bildung für Muslime wichtig. Die Muslimische Akademie verstehe sich hier als erster bescheidener Schritt. **Naika Fouroutan**, Politikwissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin, verwies auf das Erfolgsrezept doppelter Loyalitäten. Leider zeichne sich in Europa eine eher gegenteilige Entwicklung ab. Hier spalte sich gerade die dritte Generation ab und flüchte sich in neu erfundene Traditionen und Rituale.

Rukaija Jeraj stellte anschließend die Arbeit der Muslim Youth Helpline aus London vor. Über Chatrooms und Hotlines wendet sich diese Initiative direkt an muslimische Jugendliche und stellt sich als Ansprechpartner für Alltagsprobleme zur Verfügung. Die Probleme der Jugendlichen die sich an die Helpline wendeten, so Jeraj, seien nicht viel anders als anderswo: Identität, Sexualität, Drogen, Partnerschaft. Auch dies sei Ausdruck gelebter Normalität. **Yildiz Akdogan** vom Netzwerk Demokratischer Muslime aus Dänemark berichtete dann von der Situation muslimischer Migranten in Dänemark und den Aktivitäten des Netzwerks. Mit ihrer dezidierten Kritik am Verhalten der Muslime während des Karikaturenstreits stieß sie dabei unter den Zuschauern nicht nur auf Zustimmung. **Murat Aslanoglu** vom Christlich-Islamischen Koordinierungsrat aus Stuttgart betonte die Notwendigkeit des christlich-muslimischen Dialogs auch über Glaubensfragen und würdigte die zahlreichen diesbezüglichen Initiativen in Deutschland. Ehrenamt als deutscher Muslim, so Aslanoglu, sei für ihn selbstverständlich. **Neco Celik**, der bekannte Regisseur, Filmemacher und Sozialarbeiter, der mit seiner Inszenierung des Theaterstücks „Schwarze Jungfrauen“ in Berlin für Aufsehen sorgte, warnte zum Abschluss vor einer „Islamisierung“ des Nachdenkens über Integrationsprobleme. Nicht alle Probleme hätten mit dem Islam zu tun. Dies bedeute allerdings auch nicht, dass die Muslime vor kritischen Fragen in Schutz genommen werden müssten.

4. Open Space

Die abschließende Open-Space-Konferenz in der Heinrich-Böll-Stiftung stellte die Chancen und Herausforderungen für die junge muslimische Generation in Deutschland zur Debatte. Den Teilnehmern war als Leitmotiv der Titel „Muslim + Deutsch = Na und!?“ an die Hand gegeben worden. Die Veranstaltungsform des Open Space wurde gewählt, um einen Ideenraum für die Anliegen und Impulse aller Beteiligten zu schaffen und eine eigenständige und unbeeinflusste Auswahl von Fragestellungen zu ermöglichen. Aus den Fragen und Ideen der Teilnehmer wurden sechs Themen und Arbeitsgruppen gebildet, die jeder nach

Interessenlage auswählen und zwischen denen die Teilnehmer jederzeit wechseln konnten.

Diese Arbeitsgruppen waren: Jugendarbeit, Medien, Kreativwettbewerbe, Staat und Verfassung, muslimisches Selbstverständnis in Deutschland und Patriotismus. Abweichend von der eigentlichen Methode des Open Space, welche die völlig freie Auswahl der Fragestellungen vorsieht, unterstützten hier Impulsgeber die Themenfindung und standen während der Diskussionen in den Arbeitsgruppen als Ansprechpartner begleitend zur Verfügung. Diese Impulsgeber waren zum Großteil in muslimisch geprägten Jugendinitiativen oder als Journalisten tätig. Die Diskussionsergebnisse wurden festgehalten und zum Abschluss der Veranstaltung mit der Bundesvorsitzenden von Bündnis `90/Die Grünen, **Claudia Roth**, diskutiert.

5. Zusammenfassung

Ein wesentliches Anliegen der Konferenz war es, jenseits herkömmlicher „Islamdebatten“ Muslimen in Europa und den USA Wege in eine aktive Bürgergesellschaft aufzuzeigen. Dabei wurden mehrere Ungleichzeitigkeiten offensichtlich. Viele Muslime engagieren sich ganz selbstverständlich für Staat und Gesellschaft ohne dies notwendigerweise als muslimisches Engagement zu begreifen. Auf der anderen Seite agieren muslimische Institutionen in erster Linie als Interessenverbände und politische Lobby-Gruppen. Dabei vernachlässigen sie in ihrer Arbeit die Erwartungen der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft. Die auf der Konferenz vertretenen Ansätze bürgerschaftliches Engagements von Muslimen sind zwar ermutigend, lassen aber noch viel Spielraum: Vereine, Initiativen, Selbsthilfegruppen und muslimische Wohlfahrtsverbände sind bislang stark auf das eigene (muslimische) Klientel ausgerichtet. Das Bewusstsein, Teil einer größeren, nicht-muslimischen Gesellschaft zu sein, für die es auch gilt Verantwortung zu übernehmen, wächst nur langsam. Politik und Gesellschaft sind deshalb aufgerufen, dieses Engagement stärker zu fördern und einzufordern.

6. Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Andreas Jacobs
Koordinator für Nahostpolitik und Islam
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung
10907 Berlin
Andreas.jacobs@kas.de